

Städtische Nachrichten.

(Siehe auch Stadt-Anzeiger.)

* Köln, 6. April.

Die Kölner Frauen gegen die heutige Frauenmode.

Die Nationale Frauen-Gemeinschaft, Köln, und die ihr angeschlossenen 35 Frauvereine haben an den Gouverneur der Festung Köln eine Eingabe gerichtet, in der sie darum bitten, ein Verbot zu erlassen, das sich auf die diesjährige Frauenmode, insbesondere auf die kurzen, weiten Röcke, die hohen Stiefel, die hohen Absätze und die Reifröcke bezieht. Es heißt darin: „Die unterzeichneten Kölner Frauen-Vereine und mit ihnen alle denkenden Männer und Frauen betrachten es als einen vollständigen Mangel an vaterländischer Gesinnung und als eine Schmach für die deutschen Frauen, daß viele von ihnen in einer Kleidung einhergehen, die durch ihre auffallende leichtfertige Art der ernsten Stimmung Hohn spricht, die unser Volk beherrscht in einer Zeit, wo vielfache Not und schweres persönliches Leid des einzelnen das Mitempfinden aller wachrufen sollten. Mehr als je zuvor wirkt der übermäßige Kleiderluxus, die herausfordernde Wichtigkeit, die sich der einzelne dadurch beizulegen sucht, verletzend auf diejenigen, die in Not geraten sind. Es ist zudem in höchstem Maße unwürdig, daß die deutsche Frau eine Mode befolgt, die teilweise aus dem feindlichen Ausland stammt und über das neutrale Ausland nach Deutschland eingeschmuggelt worden sein soll. Sparsamkeit bei jeder Materialverwendung ist heute Gebot. Sie ist es ganz besonders bei der Kleiderstoff- und Lederwertung. Die weiten Kleider Röcke bedingen weite stoffreiche Unterkleidung, diese wieder erhöhten Seifenverbrauch. Die Verschwendung der Stoffe bei jetzt hergestellter Kleidung bedingt spätern Stoffmangel und daraus sich ergebende Arbeitslosigkeit im Schneidergewerbe. Und nicht zulezt: Der Gedanke ist unerträglich, daß unsere Männer im Felde irgendeinen Bekleidungsgegenstand entbehren müßten, weil die Frauen daheim Stoffe verschwenden! Da alle Ermahnungen vernünftig denkender Menschen, ebenso amtliche Ermahnungen keinen Erfolg hatten, bitten wir den Herrn Gouverneur gegen die oben genannten Mißstände einschreiten zu wollen.“